

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 15 (1974)  
**Heft:** 16

**Artikel:** Chile in Belegen : ein Chile-Buch aus dem SOI-Verlag als öffentliches Aergernis  
**Autor:** Puelma, Mario  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095225>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ein Chile-Buch aus dem SOI-Verlag  
als öffentliches Aegernis

# Chile in Belegen

Zu einer dokumentierten Untersuchung  
von Prof. Mario Puelma

Der SOI-Verlag hat es unternommen, ein Buch\* herauszugeben, das wahrhaftig non-konformistisch ist. Denn es behandelt die chilenische Entwicklung, die zum Putsch gegen Allende führte, nicht nach der obligaten Freund-Feind-Schablone. Und es vermittelt darüber hinaus Informationen, die man dort nicht zu benötigten glaubt, wo man zum vornherein «Bescheid weiss». Damit bricht es ein Tabu in seinem virulenten Zustand, und dazu braucht es schon etwas mehr, als mutig mit jenen Tabus abzurechnen, die in Wirklichkeit schon längst vorgestrig sind und damit ihren Namen eigentlich gar nicht verdienen. Wer sich gegen ein gültiges Tabu vergeht, erregt immer Anstoss, und es ist bloss eine Hoffnung, dass er zum vielzitierten Denkanstoss werde, der so selten wirklich stattfindet.

Anstössig für die uniformiert informierte Öffentlichkeit ist bereits der Titel: «Chile 1970 bis 1973. Die Zerschlagung einer Demokratie». Es gilt ja als ausgemacht, dass die Zerschlagung der chilenischen Demokratie am 11. September 1973 stattfand, als eine faschistische Militärjunta als Instrument oder wenigstens unter Einfluss des ausländischen Kapitals den legalen Präsidenten ermordete.

Nun, dieser These, die man bei uns in den Stand des Wissens gehoben hat, widerspricht das Buch von Puelma. Aber nicht bloss mit einer Gegenthese, nicht bloss mit einer interpretatorischen Behauptung. Es legt dar, dass die Zerschlagung der Demokratie in Chile tatsächlich unter dem Volksfrontregime Allendes stattfand, und zwar in systematischer Weise, in bewusster Aushöhlung und Zerstörung des übernommenen Rechtsstaates, unter bewusster Missachtung der Bevölkerungsmehrheit und ihrer Vertretung, unter bewusster Ausschaltung der institutionellen Garantien für Gewaltentrennung und Gewaltkontrolle. Und für diese Darlegung wird — dazu dient der geradezu schockierend informative Gehalt des Buches — ein detaillierter Wahrheitsbeweis erbracht. Die Dokumentation ist so, dass ihre Schlüsseligkeit nur gelehrt, nicht aber widerlegt werden kann.

Mario Puelma, Professor an der Universität Fribourg und gebürtiger Chilene (Schweizer Bürger seit 1966), untersucht die fragliche Periode und ihre Vorgeschichte anhand der authentischen und relevanten Quellen (von denen er viele dem Leser im Anhang direkt vorlegt), die gerade in der Selbst- und Freunddarstellung des Regimes so aussagekräftig sind, dass sie für eine unabhängige Meinungsbildung über das Geschehen in diesem Land unerlässlich sein sollten. Aus ihnen wird klar, dass die Machtergreifung durch die Militärs nur durch die vorangegangene Liquidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überhaupt zu verstehen ist.

\* Mario Puelma: «Chile 1970—1973. Die Zerschlagung einer Demokratie». Band 28 der Reihe «Tatsachen und Meinungen», Verlag Schweizerisches Ost-Institut, Bern 1974, 192 Seiten, Fr. 19.80.

Das Buch führt also, was schliesslich sein deklariertes Thema ist, bis zur Machtergreifung durch die Junta. Die Frage ihrer Machtausübung lässt es offen. Bedeutet das ein Kneifen oder gar eine Unterstützung faschistischer Diktatur? (Dass eine nichtkommunistische Diktatur «faschistisch» zu sein hat, gehört übrigens zu den Postulaten unserer Zeit, die sich dafür die Definition des Faschismus erspart.) Wir werden auf die Frage zurückkommen, wenn wir uns in einer kommenden Ausgabe mit der Aufnahme des Buches in unserer Öffentlichkeit befassen — als Beitrag über die Information und Meinungsbildung bei uns. Vorwegnehmend nur soviel: Puelma fällt sein ausführlich begründetes Urteil über die abgeschlossene Periode des Allende-Regimes in Würdigung eines sorgfältig untersuchten und gesicherten Beweismaterials. Es wäre keine Konsequenz dieser Methode, sondern ausgesprochen der Bruch mit ihr, wenn er die angebrochene Nachfolgezeit aufgrund der grossteils noch keineswegs beweiskräftig gewordenen Indizien verdammten würde, nur um dem allgemein gefällten Vorurteil entgegenzukommen und seiner Person die unausweichliche Reaktion zu ersparen. Gerade wer Folgerichtigkeit in der Gegnerschaft zu Diktaturen verlangt, sollte diesen konsequenten Verzicht auf schiere Feindbildmalerei zu würdigen wissen.

Nein, das Thema ist rechtens die Zerschlagung der Demokratie im Chile der Jahre 1970 bis 1973.

Allende hatte in Aussicht gestellt, den Sozialismus auf dem Wege der Legalität und der Demokratie einzuführen. Daraus hatte man — wieder einmal — ein neues Modell abgeleitet, das heisst eigentlich eher ein altes Versprechen in neuer Abwandlung: Die Verbindung von Sozialismus (Produktionsmittel in staatlichem oder gesellschaftlichem Eigentum) mit pluralistischer Demokratie. Bisher hatten sich diese beiden Dinge immer als unvereinbar erwiesen (in der Praxis hat noch alleweil die Abschaffung des Kapitalismus zum Faschismus geführt), und nun erhoffte man sich von Allende den Nachweis von der Vereinbarkeit, ja Zusammengehörigkeit dieser Dinge. Darin lag, wenigstens für jene, die nicht von Anfang an einfach ein zusätzliches

## Anmerkung Nr. 102

«Zur Kenntnis der historischen Wirklichkeit und zur darauf gründenden Besinnung einen Beitrag zu liefern, war das Anliegen dieses Buches», sagt Puelma. Und dieser Aussage gilt seine letzte Anmerkung:

Dass ein solches Anliegen im Falle Chiles bei der geistigen Lage der Gegenwart für den, der es öffentlich vorzutragen für nötig hält, das Risiko in sich schliesst, weitherum von vornherein als «rechtsextrem», als «Faschist» oder noch Schlimmeres klassiert zu werden, ist mir wohl bewusst. Dieses Risiko gehört zu den Spesen der Wahrheitsfindung in einem vom Ungeist der Freund-Feind-Klischees und der ideologischen Pauschalurteile, der Intoleranz und des mangelnden Respekts vor der Meinung des anderen erfassen Zeitalter. Die Art der «Meinungsbildung» im Fall Chile kann jedenfalls als warnendes Zeichen für eine Geisteshaltung gewertet werden, die in diesem Jahrhundert Europa und die Welt verheert hat. Ich meine jene Mentalität, die etwa in der deutschen Bundesrepublik zum Boykott einer Bankfiliale und zur Androhung des Parteiausschlusses gegen einen Bundestagsabgeordneten wegen nicht linientreuer Ansichten über die chilenischen Ereignisse führte; die gleiche aber auch, die im Parlament der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der ältesten Demokratie der Neuzeit, zum Durchbruch kam, als anfangs Dezember 1973 ein Nationalrat im Parlament den Antrag stellte, der Schweizer Schule in Santiago die Bundessubventionen zu streichen, weil eine Gruppe von 17 Lehrern es gewagt hatte, in einem offenen Brief an die helvetische Presse ihr Erstaunen über das konformistische Schwarzweissbild zum Ausdruck zu bringen, das die Informationsmedien ihrer Heimat in der Darstellung der chilenischen Ereignisse beherrschte, und das sie in wesentlichen Aspekten vom Standpunkt der selbsterlebten chilenischen Wirklichkeit zu korrigieren versuchten. Diese Nichtkonformisten wurden in weiten Kreisen der schweizerischen Öffentlichkeit und der sie tragenden Presse als faschistoide «Agenten der Junta» gebrandmarkt — womit alle von ihnen berichteten Fakten nach der imminenden Logik der Intoleranz-Dialektik eo ipso als «Lüge entlarvt» und jede weitere Verpflichtung zu deren sachlicher Ueberprüfung als irrelevant «erwiesen» war.

kommunistisches Regime wünschten, die Faszination des chilenischen Experiments.

Das war allerdings ein Missverständnis, das auf Wunschenken beruhte. Allendes Selbstverständnis war von Beginn an eine undemokratische «Demokratie» gewesen, in der «das Volk» die Herrschaft ausüben sollte, wobei «das Volk» nur die kommunistisch Richtigen denkende umfasste und keinesfalls die Mehrheit. Die Anmassung der alleinigen Volksvertretung durch die marxistische Avantgarde war bei ihm durchaus offen vorhanden gewesen. Auch bezog sich Allendes Versprechung auf Einhaltung von Legalität und übernommener Demokratie immer nur auf den Weg, falls er sich gangbar erweisen sollte, niemals aber auf das Ziel. Seine einzige Abgrenzung vom Sowjetmodell bestand darin, dass er die Umwandlung unter Gebrauch der bestehenden Institutionen bis zu ihrer Abschaffung vorzunehmen hoffte, was er keineswegs verheimlicht hat. (Siehe dazu sein Buch «Chiles Weg zum Sozialis-

mus», das wir in ZB, Nr. 22/1972, ausführlich besprochen haben, wobei uns die Weiterentwicklung des Allende-Regimes recht gegeben hat.) Für Allende war das Ziel des konform-kommunistischen Sozialismus obligatorisch, der legale Weg dazu nur wünschbar. «Unser Wappenspruch ist: 'Durch die Vernunft oder durch die Gewalt'. Aber zuerst durch die Vernunft.»

Allende gestand den übernommenen demokratischen Institutionen die Freiheit zu, ihrer eigenen Auflösung zugunsten der «wirklichen» Demokratie zuzustimmen, und keine andere. Sobald sie sich diesem Ansinnen widersetzen, waren sie Feinde: «die Reaktion» zum mindesten, «die Faschisten» zum äussersten.

Das war — wie gesagt — schon in der ideologischen Anlage der Sache der vorbestimmte Gang der Dinge. Puelmas Buch nun ist der Nachweis, dass dieser Weg auch in der Praxis gegangen wurde. Allende setzte sich über die bestehende Legalität hinweg und wandte Gewalt an, sobald sie ihm Widerstand leistete. Zur Beschimpfung des mehrheitlichen Nichtvolkes gesellte sich seine Unterdrückung.

Die Vorbedingung zur Ausübung der pluralistischen Demokratie ist die *Freiheit der Meinungsäusserung*. Das Volksfrontregime gestand sie seinen Feinden («Feinden des Volkes») nicht zu. Welchen grundsätzlichen Kampf Allende gegen die oppositionellen oder auch bloss unabhängigen Kommunikationsmittel führte, ist weitherum unbekannt geblieben. Die Mittel reichen vom Papierentzug über Besetzung der Verlagsräumlichkeiten bis zur direkten Gewaltanwendung durch die staatliche Macht. Dass einzelne Oppositionsorgane sich bis zuletzt äussern konnten, war nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, dass das Volk sich eben anders verhielt als das «Volk» im Sinne der ideologischen Definition.

Ein Garant der Funktion rechtsstaatlicher Demokratie ist die *Einhaltung der Bürgerrechte* und das Bestehen einer *unabhängigen Justiz*. Das Volksfrontregime unterdrückte die Individualrechte nach Belieben und missachtete die Gerichte nach politischem Ermessen. Wie Allende mit dem Obersten Gericht umging, zeigt etwa seine Antwort auf eine Mahnung zur Einhaltung des Rechts (S. 37 im Buche Puelmas).

Gesetzgebendes Gremium und politische Kontrollinstanz der Demokratie ist das *Parlament*, die gewählte Volksvertretung. Allende setzte sich einfach über seine Beschlüsse hinweg und drohte seine Ungehorsamkeit mit Liquidierung zu bestrafen.

Möglichkeiten zum Ausdruck des Volkswillens sind *Streiks und Demonstrationen*. Allende griff gegen Demonstranten und streikende Arbeiter mit Polizei und Militär durch; «Rädelsführer» wurden verhaftet.

Allende war der legal *gewählte* Präsident Chiles gewesen. Aber er hatte schon längst aufgehört, der legale Präsident zu sein, als er gestürzt wurde. Sein Regime war bedeutend diktatorischer und despotischer, als es das Zarenregime gewesen war. Und es wurde nach revolutionären Zuständen endgültig durch einen Putsch beseitigt, insofern eine Parallele zur sogenannten «Oktoberrevolution», welche von den frommen Seelen trotz ihrem unverhältnismässig grösseren Blutvergiessen unter Hinweis auf den vorherigen Zustand gerechtfertigt wird. Hier geht es um weniger: um etwas Wahrheit anstelle der Legende.

cb

## Allende gegen Parlamentsmehrheit

**In Antwort auf einen Parlamentsbeschluss vom 22. August 1973, in welchem die systematische Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die Exekutive festgestellt worden war, ging Allende nicht etwa auf die Vorwürfe ein, sondern untersagte einfach der gewählten Volksvertretung, ihr parlamentarisches Recht auszuüben. Der Schlussteil dieses Dokuments:**

Das Parlament hat sich zum Bollwerk gegen die Veränderungen erklärt (se ha constituido en una bastión contra las transformaciones) und hat alles, was in seiner Macht stand, unternommen, um die Ordnung der Finanzen und der Institutionen zu stören (perturbar el funcionamiento de las finanzas y de las instituciones), indem es jedwede schöpferische Initiative abwürgte. Vorgestern hat die Mehrheit der Abgeordnetenkammer, als sie sich jeder Verurteilung des herrschenden Terrors enthielt, diesen praktisch in Schutz genommen und akzeptiert.

Damit fördert sie (sc. die Mehrheit der Abgeordneten — Verf.) die Subversion (sedición) jener, die die Arbeiter aufopfern möchten, welche für ihre volle wirtschaftliche und politische Freiheit kämpfen. Daher kann ich die Opposition anklagen, die historische Entwicklung unserer demokratischen Legalität zu einem höheren Niveau ihrer Verwirklichung (nivel más auténtico y alto) verhindern zu wollen. Im parlamentarischen Dokument (sc. Erklärung vom 22. August = Dokument 13 — Verf.) verbirgt sich hinter dem Ausdruck «Rechtsstaat» (NB. von Allende in Anführungszeichen gesetzt) eine Situation, die eine wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit voraussetzt, welche unser Volk abgelehnt hat. Sie geben vor, nicht zu wissen, dass der Rechtsstaat sich nur dann voll verwirklicht, wenn die Ungleichheiten einer kapitalistischen Gesellschaft überwunden sind.

Mit ihrem Vorgehen deckt die chilenische Reaktion (sc. die Parlamentsmehrheit — Verf.) vor dem ganzen Land und vor der Welt die egoistischen Interessen auf, die sie verteidigt.

Tiefgreifend und von grosser Tragweite sind die wirtschaftlichen und politischen Massnahmen, die unser Land benötigt, um die totale Krise zu überwinden, in die sie (sc. die Reaktion — Verf.) es hineinziehen will; diese Massnahmen, für die sie die Mitarbeit der demokratischen Opposition angefordert hatte, wird die Regierung trotz allen Hindernissen, die ihr in den Weg gelegt werden, ergreifen.

Wenn jedoch zu der vom Kongress den Institutionen aufgezungenen Lähmung hinzu noch der Versuch kommt, den Staat selbst zu zerstören, wenn die gewaltige Offensive, die entfesselt worden ist, sich direkt gegen die Demokratie und das Rechtssystem (régimen de derecho) richtet, dann zwingt mich meine Pflicht als Patriot (mi deber patriótico me obliga), alle politischen und administrativen Machtmittel anzuwenden, die die Verfassung mir als Staatsoberhaupt zur Verfügung stellt.

Heute, da die Reaktion zum direkten Angriff auf das System des Rechts (razón del derecho) übergeht und die Freiheiten tödlich bedroht, und da auf der anderen Seite die Arbeiter kraftvoll den Ruf nach einer neuen Gesellschaft erheben, können die Chilenen versichert sein, dass der Präsident der Republik gemeinsam mit dem Volk ohne zu zögern seine Pflicht erfüllen wird, um so die volle Verwirklichung der Demokratie und der Freiheiten im Rahmen des revolutionären Prozesses sicherzustellen. Zu diesem edlen Ziel rufe ich die Arbeiter, alle Demokraten und Patrioten Chiles auf.

Salvador Allende Gossens  
Präsident der Republik  
Santiago, 24. August 1973

### Puelma vermerkt dazu:

Wohl in keinem der erhaltenen Dokumente aus Allendes Feder wird die Technik der doppelten Legalität und der teilbaren Grundbegriffe der Demokratie, auf der das ganze marxistische Experiment in Chile — von der Episode der Machtergreifung bis zum endgültigen Bruch mit den traditionellen Staatsinstitutionen — beruhte, deutlicher als in dieser Proklamation. Es gibt für jeden Grundbegriff eine doppelte Version nach dem Schema der Klassenkampftheorie und der darauf aufgebauten Staatslehre des Marxismus-Leninismus: den angeblichen Begriff («...») = jener der bisherigen bürgerlich kapitalistisch genannten Staatsverfassung, und den wirklichen Begriff = derjenige des neuen sozialistischen Gesellschaftsrechtes. In diesem Sinne unterscheidet Allende zwischen «Rechtsstaat» und Rechtsstaat, «Demokratie» und Demokratie, «Volk» und Volk, «Legalität» und Legalität. Dabei verkörpern die angeblichen (= bürgerlichen) Begriffe immer die Reaktion und den imperialistischen Faschismus, die wirklichen (= sozialistischen) den Fortschritt und die Patrioten. Die stetige innere Verwandlung (transformación) dieser Grundbegriffe der traditionellen Verfassung — bis sie am Ende das Gegenteil des Ursprünglichen bedeuten und bis unter den gleichen Titeln de facto aus der bürgerlichen unwiderruflich die sozialistische Legalität geworden ist — war das in Theorie und Praxis von Anfang an bestehende, seit Castros Besuch in Chile immer unverhüllter, zuletzt ganz offen proklamierte Ziel des Allende-Regimes. Formaljuristisch konnte Allendes Regierung — auch das gehörte in das Kapitel der «resquicios legales» («Rechtsspaltungen») — behaupten, bei dieser Begriffsverwandlung durchaus im Rahmen der Verfassung zu bleiben, da ja die Begriffe offiziell die gleichen blieben, nur ihre sukzessive Anpassung an die neuen, von ihr auf dem de-facto-Weg geschaffenen Realitäten erfolgte. Am Ende dieses Anpassungs- und Umwandlungsweges musste logischerweise die Opposition der parlamentarischen Mehrheit und der von ihr vertretenen Volksmehrheit ebenso wie die Einwände der Justizgewalt in die Kategorie der «Subversion» («sedición») geraten, gegen die die Volksregierung (= UP-Koalition) mit allen Mitteln, auch mit Gewalt vorzugehen kraft der neuen, aus der Irreversibilität der neuen Realitäten sich ergebenden sozialistischen Legalität sich durchaus für legitimiert halten konnte.

Allende aufgrund dieses Vorgehens den Vorwurf des Doppelspiels und des Wortbruchs am Verfassungsgarantieabkommen zu machen, hiesse, die Massstäbe des traditionellen Rechtsstaates auf ein untaugliches Objekt anzuwenden. Vom Standpunkt der Ideologie und der Ethik aus, der er sich verpflichtet glaubte und zu der er sich auch offen bekannte, handelte er durchaus korrekt und legitim. Fatal war nur das Missverständnis jener, die ihn einer anderen Staatsethik verpflichtet wänten, als sie ihn zum Staatspräsidenten erkoren.